

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

163 (16.7.1917)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Verlagspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Abgaben od. am Postschalter monatl. 20 Pf., 1/2jähr. 2,70 M., zugestellt durch unsere Träger 1 M., bezw. 3 M.; durch die Post 1,04 M. bezw. 8,12 M.; durch d. Zeldpost 1,05 M. bezw. 3,05 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt-Kolonnenzeile od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größt. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei West & Cie., Karlsruhe.

Deutsche Demokratie.

Die Ankündigung des gleichen Wahlrechts in Preußen und die große Auftragsarbeit in der preußischen Regierung dürfen ohne weiteres als ein sehr starker Erfolg der Vorkämpfer der Sozialdemokratie, bezeichnet werden. Wenn man mit anderen Parteien Schulter an Schulter für ein gemeinsames Ziel eintritt, so zielt es sich nicht, sein eigenes Verdienst herauszutreiben und Urheberpatente anzumelden. Was aber die Sozialdemokratie in den Jahren vor dem Kriege und während des Krieges für die Demokratisierung Preußens getan hat, ist hinlänglich bekannt und gehört zu den Ruhmesblättern ihrer Geschichte. Wir haben also ein volles Recht, über die Ankündigung der Wahlrechtsvorlage in Preußen nicht nur eine tiefe Genugtuung zu empfinden, sondern auch sie auszusprechen.

Der Vorstand der konservativen Partei hat gegen dieses neueste Ereignis der Weltgeschichte eine Protestresolution angenommen. Das läßt darauf schließen, daß die Konservativen noch immer nicht zu Verstand gekommen sind, sondern im Landtag den Kampf gegen die angekündigte Erweiterung der Volksrechte aufnehmen wollen. Wie dieser Kampf enden wird, darüber kann kaum ein Zweifel bestehen. Die Krone, die preussische Regierung, der Deutsche Reichstag und das deutsche Volk auf der einen Seite und die konservative Landtagsfraktion auf der anderen Seite, das ist ein recht ungleiches Kräfteverhältnis. Der Sieg des gleichen Wahlrechts ist gewiß.

Die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen bedeutet sachlich auch eine vollständige Umwälzung der Reichsverfassung. Preußen hat bisher eine Regierung gehabt, die dem Mehrheitswillen seines Abgeordnetenhauses entspricht, eine konservative Regierung. Mit dem Wechsel der Mehrheitsverhältnisse muß sich auch die Farbe der Regierung ändern. Das heißt, der führende deutsche Bundesstaat wird im Bundesrat nicht mehr von Reaktionskräften, sondern unter Umständen von sehr fortgeschrittenen Demokraten vertreten werden. Reichstag und Landtag werden auf Grund desselben Wahlrechts annähernd die gleichen Verhältnisse erhalten. Damit ist das Ueberwiegen des Reichstags in der Reichsverfassung gesichert, denn die preussischen Vertreter im Bundesrat und der preussische Landtag werden nicht mehr als Gegengewichte gegen ihn, sondern als verstärkende Gewichte für ihn wirken.

Damit erleidet sich aber auch das partikularistisch-reaktionäre Gejammer über die geplante Parlamentarisierung der Reichsregierung. Diese Parlamentarisierung kann durch allerhand Winkelzüge vielleicht noch einige Zeit hinweggehalten werden, daß sie nicht öffentlich in Erscheinung tritt. Aufzuhalten ist sie nicht mehr. Das ganze Geschrei über die bedrohten bundesstaatlichen Rechte wäre geradezu unverständlich, wenn man nicht hinter die Furcht vor Neuerungen erkennen würde, die vor unannehmer Notwendigkeiten gestellt, in den Artikeln der Reichsverfassung nach letzten Ausflüchten sucht.

Um was handelt es sich denn eigentlich? Doch um gar nichts anderes als um ein Aussprechen dessen, was ist, um freimütige Bekenntnis zu der Tatsache, daß jeder Reichstagsmensch, der dem Reichstag nicht gefällt, weggeschickt und daß dieses Experiment so lange und so oft wiederholt werden muß, bis der richtige Mann gefunden ist. Dieser richtige Mann wird sich dann auch die richtigen Staatssekretäre suchen, wenn es den Wünschen des Reichstags entspricht, aus der Beamtenenschaft, wenn es der Reichstag will, aus dem Reichstage selbst. Was will man denn machen, wenn eine starke Mehrheit vorhanden ist, die erklärt, mit diesem oder jenem Reichskanzler nicht mehr zusammenarbeiten zu wollen? Dann kann der Reichstag verfassungsgemäß aufgelöst werden, ergibt aber die Neuwahl eine Wiederkehr der alten Mehrheit, dann muß der Konflikt zu ihren Gunsten erledigt werden, wenn man es nicht auf einen Staatsstreich, einen gewalttätigen Umsturz von oben ankommen lassen will. Zu solchen Versuchen dürfte aber an den maßgebenden Stellen in Deutschland keineswegs die Neigung bestehen.

Bom englischen Parlament hat man während seiner Blütezeit gesagt, es sei allmächtig, es könne alles, nur nicht aus einem Mann eine Frau machen. Damit sollte gesagt sein, daß die Macht des englischen Parlaments keine anderen Grenzen kenne, als jene, die menschlichen Vermögen von der Natur selbst gesetzt sind. Genau das gleiche gilt aber von dem Tage ab, an dem er es will, auch vom Deutschen Reichstag. Es sind dazu gar keine Änderungen der Reichsverfassung notwendig, es ist dazu am allerwenigsten die Errichtung eines Reichsrats oder Reichstaatsrats notwendig, den man jetzt in Berlin plant, es ist dazu gar nichts anderes notwendig, als der geschlossene und entschlossene Wille des Reichstags selbst.

Es soll nicht behauptet werden, daß dieser Wille heute schon vorhanden ist, obwohl die neue Reichstagsmehrheit schon recht ansehnliche Proben ihrer Kraft geliefert hat. Aber wenn dies alles auch wieder zerplatzt, so gibt es doch noch dem

Kriege neue Wahlen, und daß der Reichstag dann eine starke und entschlossene Mehrheit bekommen wird, ist tausend gegen eins zu wetten.

So muß sich vom gleichen Wahlrecht aus, das in Reich unerschütterlich besteht, das in Preußen eingeführt werden soll und dem sich nun auch die paar zurückgebliebenen Kleinstaaten nicht länger entziehen können, eine durchgreifende Demokratisierung der gesamten Reichs- und Staatseinrichtungen anbahnen. Die konservative Presse steht trauernd

am Grabe ihres alten Preußen. Und sie hat Recht, dieses alte Preußen ist gewesen, und so gut oder so schlecht es war, keine Macht der Erde wird es wieder ins Leben zurückrufen. Deutschland gehört fortan der Demokratie, und nur, wer sich freudig zu ihr bekennt, hat Aussicht, auf deutschem Boden gedeihlich zu wirken. Die kümmerlichen partikularistischen Bedenkenträger in Berlin und anderswo mögen sehen, wo sie bleiben. Sie halten es nicht mehr auf.

Ein neuer Ansturm der Franzosen in der Westschampagne. Erfolgreicher Vorstoß deutscher Truppen.

Deutscher Tagesbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 15. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern erreichte der Artilleriekampf an der Aisne, sowie zwischen Boesingne und Wytschaete große Heftigkeit; er dauerte bei Ypern auch nachts an. Bei Lens und auf beiden Scarpeufern war zeitweilig das Feuer stark. Englische Kompanien, die bei Cabrelle, südlich von Croiselles und bei Bullecourt vorstießen, wurden durch Gegenstoß zurückgeworfen.

Ein englisches Großkampfschiff in die Luft geslogen.

W.W. London, 14. Juli. (Nicht amtlich.) Neuer. Das Großlinienschiff „Banguard“ ist in der Nacht zum 9. Juli, während es vor Anker lag, in die Luft geslogen und sofort gesunken. Die Ursache war eine innere Explosion. Gerettet sind nur zwei Mann und ein Offizier. Der letztere ist inzwischen gestorben. 95 der Mannschaften waren zurzeit der Explosion nicht auf dem Schiffe. Eine Untersuchung ist angeordnet.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Am Chemin des Dames wurden dem Feinde durch Angriff wichtige Stellungen südlich von Courcieux entzogen. Nach zusammengefaßter Wirkung von Artillerie und Minenwerfern stürmten Teile des Inf.-Regts. Generalfeldmarschall v. Hindenburg und anderer ostpreussischer Regimenter sowie des Sturmabteiles 7 die französische Stellung in 1500 Meter Breite und 300 Meter Tiefe. Der Gegner leistete erbitterten Widerstand, so daß es zu hartnäckigen Nahkämpfen kam. Die Sturmziele wurden überall erreicht und gegen drei starke Gegenangriffe gehalten. Die blutigen Verluste der Franzosen sind schwer; bisher sind 350 Gefangene eingebracht worden. Die beträchtliche Beute ist noch nicht gezählt.

Weitere 21 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 14. Juli. (W.W. Amtlich.) Im Atlantischen Ozean wurden neuerdings 21 000 Bruttoregistertonnen versenkt, darunter der betraffene englische Dampfer „Ultoria“ (10 402 Tonnen).

In der Westschampagne hat nach vierstündigem schwerem Feuer gestern 9 Uhr abends der französische Angriff gegen unsere Stellungen von südlich Narroy bis südlich von Moronvilliers eingeseht. Der Ansturm der feindlichen Kräfte wurde durch tapferen Haltung unserer Infanterie und der gesteigerten Abwehr und Gegenwirkung der Artillerie im wesentlichen abge schlagen. Am Hochberg und Boehberg entstanden nach abgewie senem ersten Ansturm durch erneuten Angriff des Gegners Einbruchstellen, an denen am Morgen noch gekämpft wurde. Auf dem linken Maasufer griffen die Franzosen nach Trummelfeuer an der Höhe 304 an. In feiner Stelle gelang es dem Feinde, unsere Gräben zu erreichen; seine Sturmwellen brachen in unserem Bereichungs- und Sperrfeuer zusammen.

Aus einem Feldbrief eines englischen Sozialisten.

L.A. Die Londoner „Clarion“, die während des Krieges eine sinnlos deutschfeindliche Geze betreibt, veröffentlichte am 18. Mai von ihrem Mitarbeiter, dem sozialistischen Schriftsteller Christian Massie, der in Flandern kämpft, einen Feldbrief, in dem der Versuch gemacht wird, das Blatt zur Besinnung zu bringen. Massie schreibt: „Wir kämpfen hier nicht, um den Händen der herzlosen Herrscher als Beweis zu dienen, daß der Krieg gerecht sei, sondern wir kämpfen mit unserem Blut die unaussprechliche Gemäßheit und das Verbrecherische der diplomatischen politischen Geschichtsauffassung festzu unmöglich zu machen. Es wird die militärischen Sozialisten zu Hause interessieren, zu wissen, daß wir den Deutschen nie das Schimpfwort Hunnen beilegen. Unsere Aufgaben sind viel zu gefährlich und schwierig, um uns billige Witze zu gestatten. Wir kämpfen nicht nur gegen die Deutschen, sondern auch gegen die Unwissenheit und die Vorurteile unserer eigenen Landsleute, gegen die dunklen Methoden und die berechnete Doppelzüngigkeit der Männer, denen das Schicksal der Völker anvertraut ist. Man hätte annehmen sollen, daß diese Katastrophe groß genug erscheinen müßte, um wenigstens die Familienstreitigkeiten unter den sozialistischen Richtungen in den Hintergrund zu drängen. Und was soll man noch zu diesen militärischen Sozialisten sagen, die den heimischen Sozialisten einen Vorwurf daraus machen, daß sie nicht kämpfen wollen, während dieselben Sozialisten gleichzeitig die deutsche Sozialdemokratie anlagen, weil sie kämpfen?“

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine größere Kampfhandlung.

Westlicher Kriegsschauplatz

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Reich ungünstiger Witterung war die Gefechtsstätigkeit an der Düra und bei Smorgon lebhaft. In Ostgalizien erreichte das Feuer nur in begrenzten Abschnitten größere Stärke. Südlich des Dnjestr griffen die Russen oberhalb von Kalusz an mehreren Stellen an; sie wurden überall abgewiesen.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph

und bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Madonsen ist mehrfach eine Steigerung des Feuers merkbar.

Mazedonische Front

Die Lage ist unverändert.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die russische Einladung zur internationalen Sozialisten-Konferenz.

Stockholm, 14. Juli. Das Organisationsbureau der internationalen sozialistischen Konferenz veröffentlicht seine Einladung zur internationalen sozialistischen Konferenz in Stockholm am 15. August und den folgenden Tagen. Das vorläufige Programm der Konferenz ist folgendermaßen festgesetzt:

- Weltkrieg und Internationale, Friedensprogramm der Internationalisten, Mittel und Wege zur Verwirklichung dieses Programms und zur raschen Beendigung des Krieges.

Die einzelnen Organisationen, die teilzunehmen wünschen, werden gebeten, sich schriftlich an das Organisationsbureau der Internationalen Konferenz in Stockholm, Uppladesgatan 14, rechtzeitig vor dem 5. August zu wenden. Die Einladung ist unterzeichnet von den Delegierten des Kongresses der Räte der Arbeiter und Soldaten Russlands und den Mitgliedern des holländisch-standinabischen Ausschusses.

Drohbriefe an Kerenski und Brussilow.

Berlin, 14. Juli. (W.B. Nicht amtlich.) „Corriere della Sera“ meldet aus Petersburg: Gewisse Elemente beziehen auf einer kriegsfeindlichen Propaganda. Kerenski und Brussilow erhielten Drohbriefe. Bei den Bataillonen, die für das Feuer bestimmt sind, wurde Widerstand beobachtet. An der Front von Minsk wurden Aufrufe verteilt, die zur Fahnenflucht und zum Kampf gegen Bürgerliche und zur Verteilung des Landes auffordern. Ein Regiment habe nach Plünderung von Waffen- und Munitionsdepots sich auf die Suche nach Fahnenflüchtigen gemacht und über 2000 Mann gefangen genommen.

Ueber Krieg und Frieden.

Eugen Dieckgen, der bekannte Deutsch-Amerikaner und Sohn des berühmten Arbeiter-Philosophen, schreibt uns aus Birmensdorf (Schweiz):

Die Hauptursache des Krieges ist wirtschaftlicher Art und international, weil die Wirtschaft international ist. Die herrschende Wirtschaftsform ist der Kapitalismus, der durch seinen individualistischen Aneignungscharakter die kriegerischen Interessen gegenübersteht.

Der Kapitalismus ist nicht zu beseitigen, bis er seine Mission erfüllt. Diese besteht in einer ungeheuren Mehrung der selbst heute erreichten Produktivkräfte in allen Großstaaten. Dann erst ist die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus möglich. Darüber vergehen voraussichtlich noch einige Generationen.

Inzwischen kann es sich nur um mögliche Verhütung von Kriegen handeln. Der Mensch ist ein Tier, wenn auch das höchste Tier. Selbst der edelste Mensch von Kraft, Macht und Gewalt neigt zu Mißbrauch dieser Gaben, wenn er nicht kontrolliert wird. Dies wird so bleiben, aber unter dem Kapitalismus sind Regierungsgewaltige besonders kriegsgefährlich.

Nächst der kapitalistischen Wirtschaftsordnung trägt die Hauptschuld am jetzigen Kriege die ungenügend kontrollierte Regierungsgewalt. Diese ist in sämtlichen modernen Großstaaten, gleichviel ob sie eine monarchische oder republikanische Regierungsform haben, eine Oligarchie (Herrschaft Weniger). Die Frage, wer zumeist am Kriege schuldigt ist schwer zu beantworten, weil die individualistischen Wirtschaftszusammenhänge mit ihrem politischen Echo schwer unübersehbar sind. Infolge ungenügend demokratischer Regierungskontrolle sind alle Großstaaten durch Begehens- und Unterdassungsünden mitschuldig.

Fragen wir aber im Hinblick auf die Gefahr des nächsten Weltkrieges, wo die relativ am wenigsten kontrollierten Oligarchien sitzen, und lassen wir das gärende Russland und das ferne Japan beiseite, so marschieren die amerikanischen Unken an der Spitze, und ihr folgen Italien, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, England, Deutschland.

Daß die nordamerikanische Republik den größten Kriegszündstoff sammelt, mag frappieren auf den ersten Blick. Indes der amerikanische Patriot, der die Wirtschaftsverhältnisse, die phantastische Verfassung und Oligarchie seines Landes kennt und sie mit denen der andern Großstaaten verglichen hat, muß zustimmen und schleunige Abhilfe suchen, damit sein schönes Vaterland nicht Schaden nehme.

Ebenso scheinbar widerspruchsvoll hört sich an, daß das monarchische und militärische Deutschland die eigene junkerlich-großkapitalistische Oligarchie besser kontrolliert als selbst England die feimige. Und doch ist dies wahr und kommt in der deutschen Sozialpolitik zum Ausdruck durch die gemeinnützigen sozialistischen und fortschrittlich-bürgerlichen Parteitätigkeit in Deutschland. Unstreitig wird aber in Deutschland die Oligarchie noch lange nicht genügend kontrolliert.

Regierungen bleiben stets nötig. Der Anarchismus ist unmöglich, weil eben der Mensch von Natur ein Tier ist, das der Kontrolle und Führung bedarf. Auch werden künftige Regierungen stets oligarchischen Charakter haben. Zu erreichen ist nur, daß die Regierungsmenschen besser kontrolliert werden.

Eine Auslese der Tüchtigsten soll künftig regieren mit weitgehendem Vertrauen und Spielraum, aber unter Kontrolle. Nebenbestimmter ist, ob der Vorstehende Kaiser oder Präsident heißt. Die Kontrolle soll das Volk führen, direkt durch seine Wahlen und indirekt durch seine parlamentarischen und andern Aufsichtsräte. Damit aber das Volk politisch mündig wird, braucht es Erziehung und Sicherstellung seiner wirtschaftlichen Existenz, so daß ihm Ruhe und Entwicklungsmöglichkeit zur Kontrolle gegeben werden. Hier liegt die Hauptaufgabe zur Sicherstellung eines dauernden Friedens. Sie ist schwierig, aber nicht unlösbar.

Das christliche Gewerkschaftsblatt gegen Schorlemer und seine Freunde.

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ behandelt in einem Artikel den Gegensatz der Systeme Schorlemer und Michaelis und wendet sich dabei mit Entschiedenheit gegen den preussischen Landwirtschaftsminister aus, dessen Ansichten sich mit denen propagandistischer Kreise decken, während das Programm des preussischen Staatskommissars Michaelis den Interessen der notleidenden Bevölkerung einschließlich der kleinen Landwirte entspreche. Deswegen würden der Arbeit des Staatskommissars von großagrarischer Seite Widerstände in den Weg gelegt.

Das „Zentralblatt“ wendet sich dann scharf gegen das rheinische Zentrumblatt, die „Rheinische Volkszeitung“, die in diesen großen Fragen als einseitiges Sprachrohr des preussischen Landwirtschaftsministers gegen den preussischen Staatskommissar fungiere. Dann sagt es wörtlich weiter:

„Schon im März dieses Jahres war die „Rheinische Volkszeitung“ die Anführerin bei einer Attacke gegen Herrn Dr. Michaelis, und jetzt (Nr. 401 vom 25. Juni 1917) will sie aus dem Umfange, daß die Nachprüfung an Brotgetreide bei den Landwirten keine sehr viel höheren Ergebnisse als die frühere Bestandaufnahme gebracht habe, eine „Ehrenrettung der deutschen Landwirtschaft“ gegen den preussischen Staatskommissar durchzuführen. Daß viele Bauern und Gemeinden bei der Nachprüfung, die wochenlang vorher angekündigt war, die jetzt in den Experimenten machten, das Getreide einer vor der Nachprüfung stehenden Gemeinde in eine bereits geprüfte Gemeinde geschafft wurde, Getreide in nicht geringen Mengen vergraben

wurde, daß die Kartoffelpreiser im April zwar vielfach keine Kartoffeln, nicht selten aber Getreide in größeren Mengen vergraben (was bei der früher festgestellten Getreidebestandaufnahme darzulegen worden war), alles das, worüber im einzelnen berichtet wurde, ist der „Rhein. Volkszeitung“ angeschlossen nicht bekannt.“

Das „Zentralblatt“ meint zum Schluß:

„Es ist charakteristisch, daß ausgerechnet diejenigen agrarischen Kreise, denen der Krieg nicht ersichtlich so genug geföhrt werden kann, und die am liebsten Deutschlands mit der ganzen Welt verachtet sehen möchten, sich am wenigsten Kopfzerbrechen darüber machen, wie die fälschliche und indultuelle Bewässerung auch nur einigermaßen ausreichend ernährt werden kann.“

Auch das „Zentralblatt“ gibt die Nachricht wieder, daß in der letzten Zeit eine Anzahl von Regierungspräsidenten und Landräthen der Richtung Schorlemer abgehen mußten. Solche sonstigen Mittelungen lassen aber den Schluß zu, daß noch lange nicht scharf genug und nicht weit genug durchgegriffen worden ist.

Kanzlerwechsel. — Dr. Michaelis Reichskanzler.

Die Krise hat eine teilweise Lösung gefunden, indem der bisherige Reichskanzler v. Bethmann Hollweg zurückgetreten ist. An seiner Stelle wurde der Unterstaatssekretär im preussischen Finanzministerium Dr. Michaelis zum Reichskanzler und preussischen Finanzpräsidenten ernannt. Gleichzeitig wurde dem neuen Reichskanzler das Ministerium des Auswärtigen übertragen.

Diese Lösung der Kanzlerkrise bringt insofern eine Uebertragung, als Herr Dr. Michaelis erst in den allerletzten Stunden als Kandidat für den Kanzlerposten genannt wurde. Der neue Reichskanzler ist ohne jede vorherige Fühlungnahme mit dem Reichstag ernannt worden. In wieviel er sich das Vertrauen der deutschen Volksvertretung erwerben wird, hängt ganz und gar von der Haltung ab, die er den Wünschen und Forderungen des Reichstages gegenüber annehmen wird. Man darf wohl als sicher annehmen, daß Dr. Michaelis die von den Mehrheitsparteien beschlossene Resolution in der Friedensfrage akzeptiert. Es ist auch sehr wahrscheinlich, daß er in der Forderung nach Parlamentarisierung der Reichsleitung den Wünschen der Reichstagsmehrheit, soweit die augenblicklichen Verhältnisse es gestatten, weitgehende Konzessionen zu machen bereit ist, denn ein Konfliktkanzler wäre angesichts der gegenwärtigen Situation eine glatte Unmöglichkeit. Herr Dr. Michaelis wird nicht umhin können, die politische Neuordnung kraftvoll in Angriff zu nehmen und durchzuführen.

Der neue Reichskanzler gilt in eingeweihten Kreisen als ein Mann von hervorragendem Wissen, dem eine starke Willenskraft nachgerühmt wird. Allerdings hat er sich bis jetzt nicht mit den Fragen der auswärtigen Politik beschäftigt. Inwiefern ist das an und für sich kein Grund, ihm mit Mißtrauen zu begegnen. Von einem Mann mit solcher Befähigung und Energie darf man hoffen, daß er sich bald in das ihm bisher fremd gebliebene Gebiet einarbeiten wird. Es wird ihm dies um so leichter sein, wenn die Nachricht zutrifft, daß auch der Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen mit einem neuen Manne besetzt wird. Anstelle Dr. Zimmermanns soll der bisherige deutsche Gesandte in Kopenhagen, Graf Brodorsff-Rankau zum Staatssekretär des Auswärtigen ernannt werden. Derselbe gilt als einer der befähigsten Köpfe unter den deutschen Diplomaten.

Inwiefern die auf die beiden neuen Männer gefällten Hoffnungen sich erfüllen werden, muß sich in Wäde zeigen. Wir haben schon wiederholt betont, daß es sich nicht mehr um die Wenderung der Namen handeln kann, es muß ein neues System an die Stelle des bisherigen treten. Nur wenn dies geschieht, darf man auf eine Gesundung unserer innerpolitischen Verhältnisse rechnen. Der neue Reichskanzler wird sich am Freitag dem Reichstag vorstellen. Bis dahin werden wohl auch die sonst noch notwendigen Veränderungen in der Zusammensetzung der Reichsleitung erfolgt sein.

Bethmann Hollweg

war genau 8 Jahre Reichskanzler. Er wurde anstelle des Fürsten Bilow am 14. Juli 1909 zum Kanzler des Reiches ernannt. Ueber die letzten Ursachen seines Rücktritts läßt sich im gegenwärtigen Augenblick nicht alles sagen, was gesagt werden könnte. Tatsache ist, daß die Zahl seiner Gegner in der letzten Zeit ständig gewachsen und daß schon dadurch seine Position unhaltbar geworden ist. Herr v. Bethmann Hollweg war ein mit gründlicher Bildung ausgerüsteter Mann, der von dem besten Willen befeuert war. Allein es fehlte ihm die Kraft, die notwendig war, um die seinen Wünschen und Absichten sich entgegenstehenden Hindernisse zu überwinden. Daran ist er gescheitert. Welche Gründe sonst noch seinen Rücktritt beschleunigt haben und was insbesondere das Zentrum veranlaßt hat, im letzten Augenblick seine Gegnerschaft so stark zu betonen, darüber wird man erst später Genaueres erfahren. Vielleicht bringen auch schon die nächsten Tage einige Aufklärung, speziell bezüglich der so plötzlichen erfolgten Schwermung des Zentrums.

Herr v. Bethmann Hollweg war eine durchaus sympathische Persönlichkeit von ehrlichem Willen und absoluter Rechtschaffenheit.

Der neue Reichskanzler Dr. Michaelis

wurde 1857 in Gohnau in Schlesien geboren. Er trat 1879 als Referendar in den Staatsdienst, ging 1885 als Dozent an die deutsche Staatswissenschaftliche Schule in Tokio. Nach seiner Rückkehr wurde er zuerst Staatsanwalt und trat dann zu der Regierung über, wo er 1902 zum Oberpräsidenten in Breslau aufstiege. Hier soll er sich zuerst an maßgebenden Stellen durch seine große Arbeitskraft bemerkbar gemacht haben. Von hier wurde er 1909 direkt als Unterstaatssekretär in das preussische Finanzministerium berufen. Im Reich-

jahr 1915 wurde er zum Organisator für die Brotverteilung ernannt und zuletzt beauftragt das Amt eines Organisationsführers für die preussische Lebensmittellieferung, als welcher er sich unübertrefflich große Verdienste erworben hat. Seine kraftvolle Rede im preussischen Abgeordnetenhaus, in welcher er u. a. erklärte: „Wir fällen keiner in den Arm“ ist noch in guter Erinnerung.

Ueber den neuen Staatssekretär des Auswärtigen

wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin geschrieben:

„Graf von Brodorsff-Rankau steht im 49. Lebensjahre. Die diplomatische Laufbahn hat ihn nach Brüssel und Petersburg nach Wien und dem Haag, nach Budapest und nach Kopenhagen geführt, wo er zur Zeit unter den schwierigsten Verhältnissen unter Schwierigkeiten, die nicht nur in Kopenhagen, sondern auch in Berlin liegen, die Interessen des Deutschen Reiches mit großem Erfolge vertreten und eine angesehenen Stellung in der dänischen Hauptstadt erworben hat. Graf von Brodorsff-Rankau ist ein Politiker von Weltenkenntnis und selbständigen Anschauungen, und daß er in persönlichen Verhandlungen über die Interessen des Deutschen Reiches seinen Mann stehen wird, bezweifeln die nicht, die ihn kennen.“

Rücktritt Helfferichs?

Berlin, 14. Juli. Die Blätter rechnen damit, daß außer dem Staatssekretär Zimmermann auch der Staatssekretär und Bischof Dr. Helfferich zurücktreten wird, als dessen Nachfolger nennt man den Staatssekretär Graf Roedern.

Der Kronprinz

ist in der Nacht vom Freitag auf Samstag wieder von Berlin nach seinem Hauptquartier im Westen abgereist.

Neue Besprechungen der Parteiführer mit Hindenburg.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In Fortsetzung der gestern abend im Generalschloß stattgehabten Unterhaltung zwischen dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg, dem General Ludendorff und den Führern der Reichstagsfraktionen, fand heute auf Veranlassung und in Gegenwart des neu ernannten Reichskanzlers Dr. Michaelis eine zwanglose Aussprache mit den Vertretern des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokraten bei dem Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich statt. Für morgen ist eine Aussprache mit Vertretern anderer Parteien in Aussicht genommen.

Der Berliner Berichterstatter der „Frankfurter St.“ schreibt dazu noch:

„Die Besprechungen, die heute im Garten des Reichsanpalastes des Innern von 5 bis 8 Uhr zwischen Hindenburg, Ludendorff, dem neuen Reichskanzler Dr. Michaelis, dem Staatssekretär Dr. Helfferich, dem Unterstaatssekretär Weinische und den Führern der Reichstagsparteien über die Kriegsziele der Reichstagsparteien, haben dem Vernehmen nach zu keiner nennenswerten Vereinbarung über die Erklärung geführt. Es findet morgen noch eine Besprechung der Reichstagsparteien unter sich statt.“

Die Kriegsziele-Resolution der Mehrheitsparteien

lautet nach den letzten Vereinbarungen wie folgt:

„Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Kaiserrede „Uns treibt nicht Eroberungssucht“. Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit für die Unverletzlichkeit seines territorialen Bestandes hat Deutschland die Waffen ergriffen. Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietsveränderungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verleumdung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.“

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, so lange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen und unerschütterlich ausharren und kämpfen.“

ten bis jetzt... (Fragment of text from the right page)

zu Zusammen... (Fragment of text from the right page)

In einem... (Fragment of text from the right page)

„Aber war... (Fragment of text from the right page)

In einem... (Fragment of text from the right page)

„Aber war... (Fragment of text from the right page)

In einem... (Fragment of text from the right page)

„Aber war... (Fragment of text from the right page)

In einem... (Fragment of text from the right page)

„Aber war... (Fragment of text from the right page)

In einem... (Fragment of text from the right page)

„Aber war... (Fragment of text from the right page)

In einem... (Fragment of text from the right page)

„Aber war... (Fragment of text from the right page)

In einem... (Fragment of text from the right page)

„Aber war... (Fragment of text from the right page)

In einem... (Fragment of text from the right page)

„Aber war... (Fragment of text from the right page)

In einem... (Fragment of text from the right page)

„Aber war... (Fragment of text from the right page)

In einem... (Fragment of text from the right page)

„Aber war... (Fragment of text from the right page)

In einem... (Fragment of text from the right page)

„Aber war... (Fragment of text from the right page)

In einem... (Fragment of text from the right page)

„Aber war... (Fragment of text from the right page)

In einem... (Fragment of text from the right page)

„Aber war... (Fragment of text from the right page)

In einem... (Fragment of text from the right page)

„Aber war... (Fragment of text from the right page)

In einem... (Fragment of text from the right page)

„Aber war... (Fragment of text from the right page)

In einem... (Fragment of text from the right page)

„Aber war... (Fragment of text from the right page)

In einem... (Fragment of text from the right page)

„Aber war... (Fragment of text from the right page)

In einem... (Fragment of text from the right page)

Aus der Partei.

Verjagung des sozialdemokratischen Parteitag.

Berlin, 15. Juli. Der sozialdemokratische Parteitag, der am 19. August stattfinden sollte, ist, wie das „V. L.“ hört, mit Rücksicht auf den gleichzeitig stattfindenden Stockholmer Kongress bis zum September verschoben worden.

Deutsches Reich.

Gegen den Kaiser.

Bei der letzten Kriegsziel-Debatte im Reichstag rief noch der alldeutsche Herr v. Graefe, der geständige Teilnehmer an der Ablon-Konferenz in den Sitzungssaal: „Kaiser, höre Dein Volk, höre Dein treues Volk!“ Nun hat der Kaiser dem Willen seines Volkes entsprochen und das gleiche Wahlrecht für Preußen angekündigt. Aber darum war es den Alldeutschen nicht zu tun — Wilhelm II. ist jetzt bei ihnen in Ungnade gefallen, da helfen sie nicht. Sie drängen sich jetzt also an die Bundesstaaten und an den Kronprinzen heran. Die Bundesstaaten werden icht gemacht, jeder Parlamentarisierung der Reichsregierung unbedingt zu widerstehen, weil sie sonst ihre Selbständigkeit verlieren. Der Kronprinz aber wird von dem frisch angekauften Organ des alldeutschen Verbandes, der „Deutschen Zeitung“, als der „hochgemute Kaiser der Zukunft“ umschmeichelt. In einem langen Artikel wird erzählt, der Kaiser habe in der Seelenpein dieser Stunden inbrünstig betend seinen Gott gebittet, daß er ihn den Weg weise zur Entwirrung in dem Irrsal menschlicher Meinungen und Wünsche. In das „Dunkel der gequälten Seele“ sei die Erleuchtung gebrungen, den Erben der Krone zu fragen: „Wir glauben an unseren Kronprinzen und also grüßen wir ihn, den Vererber seines kaiserlichen Herrn!“ ruft die „Deutsche Zeitung“ den Kronprinzen an. Der Kronprinz hat es inzwischen für richtig gefunden, die Vertreter aller Parteien, auch unserer Genossen Dr. David, zu sich zu bitten und sich von ihnen Vortrag über die politische Lage halten zu lassen. Die Alldeutschen werden wieder enttäuscht sein.

Soziale Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Mai. Der Arbeitsmarkt zeigte, wie wir den Statistischen Mitteilungen entnehmen, gegen den Vormonat eine nicht unerhebliche Belebung, weil er sowohl von den Arbeitern, als auch insbesondere von den Arbeitgeber in gesteigertem Umfang in Anspruch genommen wurde. In der männlichen Abteilung waren insgesamt beinahe 11 000 offene Stellen angemeldet, eine Zahl, die weder im vorigen Jahre noch bisher im laufenden Jahre erreicht wurde. Das Mehr betrug gegenüber dem Vormonat (April 1917) rund 1100 und gegenüber dem Monat Mai v. Jz. etwas über 3400. Bei dem andauernden Mangel an Arbeitskräften aller Art konnte allerdings dieser große Bedarf nur in ganz unzulänglicher Weise gedeckt werden: 53 vom Hundert der verlangten Arbeitskräfte konnten nicht beschafft werden. Sehr lebhaft war wieder die Vermittlungstätigkeit in der weiblichen Abteilung, doch macht sich auch hier allmählich ein Rückgang der Zahl der Arbeitsuchenden bemerkbar, so daß auf 100 offene Stellen im Verichtsmonat nur noch 83 Stellenuchende kommen gegenüber 98 im April l. Jz. und 136 im Mai v. Jz.

Zur Bekämpfung der Tuberkulose. Der Reichsanstalt hat jeben ein Rundschreiben erlassen, das zur Ausgestaltung des Fürsorgestellenwesens zur Bekämpfung der Tuberkulose auffordert. Die lange Dauer des Krieges, so heißt es in diesem Erlaß, und die damit verbundenen Anstrengungen, unzureichende Nahrung, schlechtere Wohnungsverhältnisse und verminderte gesund-

heitliche Fürsorge, bringen die Gefahr einer neuen Ausbreitung der in angestrengter Arbeit so vieler Jahre mühsam zurückgedrängten Tuberkulose mit sich. Dieser Gefahr kann nur durch einen beschleunigten Ausbau der Fürsorgestellen für Lungentranke, von denen bisher rund 2000 im Deutschen Reich vorhanden sind, begegnet werden. Dabei wird einmal die Einrichtung möglichst vieler neuer Fürsorgestellen, dann aber eine bessere finanzielle Sicherstellung der bereits vorhandenen anzustreben sein. Als Träger des Fürsorgewesens sollen in erster Linie die Gemeinden und Gemeindeverbände dienen. Den Fürsorgestellen müssen sichere Einnahmen in genügender Höhe zur Verfügung stehen, um die Betriebskosten und Regelleistungen zu decken. Zu letzteren gehört die ärztliche Untersuchung des Kranken und seiner Familie und fortlaufende ärztliche Beobachtung, Untersuchung des Ausschnitts, Wohnungsfürsorge (Desinfektion usw.), Verabreichung von Strahlungs- und sonstigen Mitteln in besonderen Fällen usw. Die Maßnahmen sollen niemals den Charakter der öffentlichen Armenunterstützung tragen. Hoffentlich fallen die Anregungen auf fruchtbaren Boden.

Umwandlung von Gasthäusern in Kriegsläden. In der Wiener Stadthalle wird gegenwärtig ein interessanter Vorschlag beraten. Es besteht die Absicht, sämtliche Wiener Gasthäuser in drei Arten von Kriegsläden umzuwandeln. Die erste Stufe sollen die Gasthäuser sein, die ein Mittagessen um 1 Krone 50 Heller (1 Mark) bis 2 Kronen (1,30 Mark) berechnen. In der zweiten Stufe würde ein Mittagessen etwa 2 Kronen 50 Heller bis 3 Kronen und in der dritten Stufe 3 Kronen 50 Heller bis 4 Kronen 50 Heller kosten. Es besteht auch die Absicht, diese drei Stufen entsprechend den verschiedenen Preisen mit verschiedenen Speisen auszustatten.

Baden.

Die „Badische Landeszeitung“

beschwert sich, daß wir ihr keine sachliche Antwort auf ihre Anrenpeleien gegeben hätten und behauptet, wir wären mit hohlen Schimpfereien gegen sie und die nationalliberale Partei losgegangen. Das ist eine blanke Unwahrheit, die nur beweist, in welcher Verlegenheit sich das nationalliberale Zentralorgan befindet. Das direkt Umgekehrte trifft zu. Die Redaktion der „Landeszeitung“ lese doch gefälligst ihren Artikel, der Anlaß zu der Polemik gegeben hat, um sich dann zu überzeugen, daß sie mit Schimpfereien gegen den politischen Gegner operiert.

Wenn sich das Blatt, schließlich an die Bemerkungen der „Südd. Reichskorresp.“ über die Landtagsverhandlungen klammert, um dem „Volkfreund“ und dessen politischen Redakteur etwas anzuhängen, so können wir dazu nur kondolieren. Es ist doch nicht die Schuld des „Volkfreund“, wenn die „Badische Landeszeitung“ fast allen politischen Kredit eingebüßt hat und von den eigenen Parteigliedern nur noch der Parteipflicht halber geleitet wird. Wenn jetzt die „Badische Landeszeitung“, ähnlich wie es Abg. Rebmann im Landtag getan hat, den Geist Ludwig Franke bejubelt, so macht das keinen Eindruck. Ludwig Franke war eine geistig und politisch überragende Persönlichkeit, niemand weiß das besser als wir und niemand kann seinen Verlust schmerzlicher empfinden als wir. Aber als Kronzeuge für die „Badische Landeszeitung“ und die Haltung der nationalliberalen Partei läßt sich der tote Ludwig Franke so wenig auspielen, als es bei Lebzeiten des umhergeflüchten Fremdes der Fall gewesen ist. Wenn wir boshaft sein wollten, könnten wir den Titel umdrehen und die politischen Qualitäten der derzeitigen Führung der nationalliberalen Partei an denjenigen verstorbenen nationalliberalen Führer messen. Wir verzichten aber darauf.

Daß die Haltung der Nationalliberalen in der jetzigen Krise bis weit in die Kreise der eigenen Partei hinein Mißstimmung ausgelöst hat, weiß jeder, der die letzten acht Tage nicht verschlafen hat. Im Uebrigen hätte gerade die „Badische Landeszeitung“ allen Anlaß, sich mehr um ihre eigene Redaktionsführung, als um die anderer politischer Zeitungen zu kümmern. Darüber dürfte bei allen politischen Parteien ziemliche Uebereinstimmung herrschen. Womit dieser „Fall“ für uns erledigt ist. Servus!

den, bis jetzt und feines Bekleidungsbedürfnis auf Leben und Entschädigung gebracht ist. In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich in dieser Begründung einzig mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützten. Der unergänzliche Haat des ganzen Volkes ist ihnen sicher.“

Pressevertreter bei Ludendorff. Berlin, 15. Juli. Erz. Ludendorff empfing gestern nachmittags eine Reihe von Pressevertretern, denen er die politische Situation darlegte. Seine Ausführungen, die von unbedingter Siegesüberzeugung getragen waren, machten auf alle Teilnehmer großen Eindruck.

Weitere Personalveränderungen. Berlin, 15. Juni. Wie das „V. L.“ hört, dürften sich die im Zusammenhang mit dem Kanzlerwechsel zu erwartenden Personalveränderungen in den Reichsämtern und Ministerien voraussichtlich nicht auf die Spitzen dieser Dienststellen beschränken. Man nehme an, daß namentlich in der Reichskriegsleitung und im Reichsamt des Innern, vielleicht auch in dem einen oder dem anderen preussischen Ministerium ein größerer Personalwechsel zu erwarten sei.

Sozialdemokratie und Regierung.

In einem Artikel über die Schwierigkeiten in der gegenwärtigen Krise schreibt Reichstagsabg. Dr. Quark in der „Frankfurter „Volkstimme“:

Aber wäre es denn denkbar, daß wir, ausgerechnet wir, eine solche Ermannung der Volksvertretung und ihr entschloßenes Handeln an die Türe der Regierung drückt? Sagen, daß wir, ausgerechnet wir Sozialdemokraten, zum praktischen Schluß kommen: „Wir machen nicht mit, wir bleiben hübsch draußen!“ Dieses Grundsatz haben wir gar keine freie Wahl. Wenn die Reichsvertretung den Frieden machen will, muß sie mit in der Regierung sitzen. Wenn sie in der Regierung sitzen muß, gebietet ihr pflichtmäßig so gut dazu wie die andere. Daß wir nicht die Mehrheit der Regierung zu stellen brauchen, sondern mit den Freikämpfern, Liberalen und Zentrumsleuten dort sitzen, entspricht den Machtverhältnissen. Aber wenn wir die Politik des Reiches nach innen und außen mit den andern beeinflussen, und machen wollen, müssen wir auch zu unserm Teil die Verantwortung dafür übernehmen. Ein Drittes gibt es nicht, und alle unsere Forderungen werden zu jenem Borede, wenn wir nicht in der Koalition durchführbar helfen. Allerdings nur zu unserem Teil. Unser Vertreter in der Regierung stimmt dort nach Rücksicht ab. Wird er überstimmt und hält er die Verantwortung des Standpunkts der Regierungsmehrheit mit den Volksinteressen für unvereinbar, so tritt er aus der Regierung aus. Die Möglichkeit ist ein sehr starkes Machtmittel in unserer Hand, besonders in der jetzigen Lage. Keine Reichsregierung kann den eigenen Zweifelpakt mit der Arbeiterklasse wagen. Sonst ginge sie auf dieser in eine sichere und schimpfliche Niederlage durch die Fronte. Andererseits rettet allein unsere Mitwirkung und Verantwortlichkeit die Heimat vor jähem Schicksal. Deshalb haben wir die Pflicht der Landesverteidigung zu ergreifen durch die Pflicht der Mitregierung in diesen Notzeiten. Und wir haben gleichzeitig das Deutsche Reich höher zu politischer Gesundung und Reife zu führen!

Das ist in diesen Tagen zu entscheiden. Ob es auf geradem Wege gelingt oder ob Deutschland wieder kraft- und zeitraubende Wege über halbe, Viertel- und Asteilaktionen machen muß, weil es gar in fünfzig Jahren feig und tüchtig zu arbeiten gelernt hat, nicht aber, kraftvolle und verantwortliche Politik zu machen?“

Daß man auf solche Selbstverständlichkeiten noch immer ungenügend ist, bedauerlich und zeigt, wie viel politische Klärungs- und Erziehungsarbeit wir noch zu leisten haben.

Unterhaltung und Belehrung

Ein „bescheidenes“ Mittagessen für 17 Mark.

Die „Aheini. Ztg.“ schreibt: Vor uns liegt ein hoher Stoß von Speisekarten aus rheinischen Städten. Greifen wir einige dieser Magenfahrpläne heraus. Da ist z. B. ein besonders prächtiges Restaurant in Königswinter. Was gab es am Montag, den 18. Juni 1917? Zunächst

- Suppe 1.— M.
- zwei Rinderbrust, Gurkensalat, Kräuterkartoffeln 5.50 „
- weißer Spargel, Essig- und Delfente 3.— „
- Schokoladenseitig mit Nudeln 5.50 „
- Kornentkaffee 2.— „

Man kann sich also für die Kleinigkeit von 17 M. leidlich amüsieren. Auch am Abend braucht man keineswegs zu sparen. Es gibt

- als Abendbrot:
- Wurst in Rucsein, weiß überbrüht 1.50 M.
- Radissole aus Müllerinart 6.— M. bis 10.—
- kaltes Fleisch mit gemischtem Salat 5.50 „
- Zwanzersalat mit neuen Karotten 5.50 „
- lang gefüllte Mastigans (ohne Preisangabe) 2.—
- Gebratenes

Die Weinfarte.

Bei dieser gastlichen Stätte braucht man natürlich nicht zu sparen. Da stehen zunächst 58 Sorten Rhein- und Pfalzweine, die billige Flasche schon zu 3 M., die teuerste zu 80 M. die Flasche.

Aber auch zu 40, 50 und 70 M. ist eine bescheidene Flasche Wein zu erlangen. Liebhaber von Mosel-, Saar- und Ruwertalweinen können zwischen rund 60 Sorten wählen, die billige zu 3 M. die Flasche, die meisten in der Preislage von 15—25 M., für anspruchsvollere Gaumen stehen Weine von 25 M., 22 M. und 25 M. die Flasche bereit. Deutsche Schaumweine bietet uns die Karte in zwanzig Sorten an, die billigste zu 14 M., trinkbarere Sorten zu 18 bis 30 M. die Flasche. Wer seinen Gaumen mit Champagner nehen will, hat rund 25 Marken zur Verfügung. Schon zu 30 M. ist eine Flasche Champagner zu haben, für 60 und 70 M. die Flasche gibt es etwas Belleres, und die Kriegsertrimer, Duxer und von Brissac.

Schacherer erster Ordnung haben sich an Doppel-Magnum Gordon rouge tres sec die Flasche zu 115 M. Eine Legion von Sorten Kognak, Brantwein und Vikoren bis zu 5 M. das Gläschen beschließen den Reigen.

Ein Kriegsoffer.

Seit einem Jahre pflegt Herr Kommerzienrat B. wöchentliche Konferenzen mit seiner Köchin zu halten. Man hatte zwar schon bei Kriegsausbruch einige Vorjorge getroffen, daß die harmlosen Freuden der Tafel keine merkliche Einbuße erlitten. Aber mit einer dreijährigen Kriegszeit hatte man doch nicht gerechnet. Der Groll gegen den englischen Vetter wuchs in dem kommerziennütlichen Hause in dem gleichen Maße, als die Zahl der Westfäler-Schinken und der baumelnden Hartwürste in der Vorratskammer sank. Gegen Ende des zweiten Kriegsjahres hatte dieser Groll den Siedepunkt erreicht. Von da ab tekten auch die Konferenzen mit der Köchin ein. Ja der Herr Kommerzienrat bemühte sich selbst, den Inhalt des Vortrags mit den eingekalkten Eiern zu visittieren, und er war mit einer rührenden Sorgfalt hinter der Ergänzung seiner Butter- und Fettvorräte her. Daß dabei die eine oder andere der 49 786 Kriegserordnungen übertreten wurde, bedarf keiner besonderen Befestigung.

Am 2. März richtete der Herr Kommerzienrat an seine alte Bezugsquelle in Weiskirchen einen in ungewöhnlich lebenswürdigen Formen gehaltenen Brief, in dem er um Bereitstellung von ein paar Hundert frischen Eiern ersuchte. Ein tüchtiger Zufall wollte es, daß der Bekehrte, der die Post zu besorgen hatte, diesen Brief gerade in dem Augenblick vor dem Polizeigebäude verlor, als der Huber Nazi, von einer „erfolglosen“ Haftjour kommend, ein lustiges Liedchen pfeifend über die Schwelle des Hauses auf die Straße trat.

Den Huber Nazi ernährte sein Handel mit Sendenträpfeln und garantierte gummifreien Hofenträgern längst nicht mehr. Er streckte den Brief zu sich und schluderte das Kal hinab dem Soller zu. Hinter einer schalen Limonade drang er in die Geheimnisse des Herrn Kommerzienrats. Dann verklebte er — er war, wenn es halbwegs ging, immer ehrlich — den sorgfältig geöffneten Brief wieder und warf ihn in den nächsten Briefkasten.

Zwei Tage darauf sprach der Huber Nazi als Alois Geinestner aus Aying im Hause des Herrn Kommerzienrats vor. Er bot mit der ehrlichsten Miene von der Welt 400 Stück frische Trinteier, 20 Pfund Butter und 20 Pfund Schmalz zum Kaufe an. Die Köchin führte den willkommenen Gast in das Arbeitszimmer des Herrn Kommerzienrats. Der besah sich den ländlichen unbeholfenen Burken und bekam von Minute zu Minute größeres Zutrauen zu ihm. Nur das eine bedauerte er, daß Eier, Butter und Schmalz, noch in Aying bei einem Händler standen, dem der Geinestner erst das bare Geld auf die Hand legen mußte. Der Huber Nazi wickelte in der nächsten Viertelstunde dem Herrn Kommerzienrat regelrecht ein. Er nehme das Geld nicht an, er hat es noch immer so gehalten, erst die Ware, dann das Geld. Wenn dem Herrn Kommerzienrat aber besonders viel an der schleimigen Abwicklung des Geschäftes liege, dann solle er auf telephonische Benachrichtigung das Geld einfach telegraphisch an den Händler Ignaz Huber in Aying antworten.

Am nächsten Tage teilte Alois Geinestner von Aying aus dem Herrn Kommerzienrat telephonisch mit, daß der Händler Ignaz Huber das Gewinliche postwendend abgeben lasse. Er bitte um telegraphische Anweisung von 160 Mark an die Adresse des Händlers Ignaz Huber in Aying.

Zwei Stunden später hob der Huber Nazi unter Vorzeigung einer einwandfreien Legitimation den Betrag von 160 Mark bar bei der Postagentur in Aying ab, lauter neue Zwanziger. In der besten Laune fuhr er mit dem nächsten Zug nach München zurück.

In den nächsten drei Tagen kamen der Herr Kommerzienrat und seine Köchin aus der Erregung nicht heraus. So oft der Postkarran auf der Straße vorüberrollte, sprangen sie ans Fenster. Ein Brief an den Händler Ignaz Huber in Aying kam nach 5 Tagen als unbestellbar zurück. Nach einigen Jögern vertraute sich der Herr Kommerzienrat der Polizei an und mit einer verblüffenden Sicherheit suchte der Beamte aus einem dickleibigen Bande den Alois Geinestner heraus.

Der Huber Nazi machte sich auch im Gerichtssaal keine besonderen Skrupel über die Erleichterung der kommerziennütlichen Kasse. Er grüßte nur über das ganze Gesicht, als er dem Oberamtsrichter erklärte: „Der Butter und Schmalz, das Jan halt jetzt rare Artikel, Sewe Amtsrichte.“

* Die „Karlsruher Zeitung“

hat sich in einem nichtssagenden Artikel mit den Vorgängen im Reich beschäftigt. Darauf antwortet ihr die Mannheimer „Volksstimme“:

„Man hätte von der „Karlsruher Zeitung“ gerne auch etwas über den schroffen Gegensatz gehört, der zwischen dem Geist des preussischen Wahlrechtsvertrages vom 11. Juli 1917 und den Aeußerungen des badischen Staatsministers v. Dutsch auf dem jüngsten außerordentlichen Landtag über das Klassenwahlrecht zu den badischen Gemeindevertretungen vorhanden ist. Noch vor wenigen Tagen saßen der preussische Landtagswahlgesetz im Boden der politischen Verhältnisse Deutschlands weit fester verankert als das kommunale Wahlrecht Badens; und doch liegt jener schon heute in Trümmern. Würde Herr von Dutsch die Rede, die er vor kaum vier Wochen in der Zweiten Kammer über die angeblich so verderblichen Wirkungen des gleichen Gemeindevahlrechts hielt, wohl ebenso fassen, wenn er sie erst heute zu halten hätte? Die Entwicklung der Dinge in Preußen hat gezeigt, daß der Gang der Weltgeschichte unter Umständen weit mehr Temperament entwickelt, als sie die müde Resignation eines konservativ gerichteten Staatsbureaokratismus aufzubringen vermag. Und wenn sein eherner Tritt über die noch vor wenigen Tagen für unüberwindlich gehaltenen Widerstände des preussischen Junkertums hinwegzubrechen vermochte, glaubt Herr von Dutsch, daß seine Person ihm einen festeren Ball entgegenzusetzen vermag?“

Auf dem nächsten Landtag wird Herr v. Dutsch eine solche Rede wohl nicht mehr halten. Oder doch? Nun dann wird ihm der Landtag hoffentlich eine andere Antwort geben.

Obsterkehr.

Das Ministerium des Innern hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Geschäftsstelle der Bad. Obsterkehr ihre Aukfänger (Verlader, Vertrauensmänner) ernächtigt, die zur Verfertigung unmittelbar vom Erzeuger an den Verbraucher freigegebenen Obsterkehr auf 10 Kilogramm zu beschränken, sofern die Aukfänger sonst die ihnen zur Ablieferung von der Geschäftsstelle aufgegebenen Mengen nicht aufbringen. Als Grund hierfür wird in einem halbamtlichen Artikel der „Karlsruh. Ztg.“ ausgeführt, daß sich der unmittelbare Obsterkehr zwischen Erzeuger und Verbraucher nicht mehr in den früher üblichen mäßigen Grenzen hält, sondern zu einem gewaltigen unerlaubten Handel unter Umgehung aller behördlichen Vorschriften ausgeartet ist. An dem wilden Treiben — Ueberlaufen der Obsterkehrer durch hunderte und tausende von Unbekannten, die das Obst überall an den Büumen aufkaufen ohne Rücksicht auf die Höchstpreise — beteiligen sich leider viele wohlhabende Einwohner badischer Städte, in erheblichem Umfang aber auch die Bewohner der benachbarten außerbadischen größeren Städte, ganz besonders eifrig zahlreiche Händler, die sich als Verbraucher aufspielen, mit ihren Familienangehörigen und Bekannten, bei den einzelnen Erzeugern getrennt erscheinen, dort kleinere Mengen Obst bis zu 25 Kilogramm erwerben und sie dann nach Passieren der Bahnkontrolle zusammenwerfen und fortkaufen.

4. Durlach, 16. Juli. Unfall mit Todesfolge. Am letzten Samstag fiel im benachbarten Ort Aue das 3 Jahre alte Kind des zurzeit beim Heere sich befindenden Fabrikarbeiters Seibrunn in unbewachten Augenblick in die Pfuhgrube des Bürgermeisters und ertrank. Wie oft muß noch auf die Anstöße hingewiesen werden, Pfuhgruben offen stehen zu lassen.

4. Durlach, 16. Juli. Gestern Sonntag früh hat der Landwirt Joh. Meiber in der Jägerstraße seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Motiv der Tat ist unbekannt.

4. Forstheim, 15. Juli. In der letzten Stadtratssitzung wurde mitgeteilt, daß die Firma Gebrüder Fied von Langenath 5000 M und die Firma Kollmar u. Jordan A.G. dahier 50 000 M gestiftet haben, beide mit der Bestimmung, daß je die Hälfte des Betrages dem örtlichen Fonds für Kriegsbeschädigtenfürsorge und für Kriegshinterbliebenenfürsorge zuzuführen soll. — Der Stadtrat hat die von der Geschäftsprüfungskommission der städtischen Wasserwerke aufgestellten Kotspreise mit Wirkung vom 1. August d. J. als genehmigt. Die Preise betragen somit pro Zentner ab Wert für Grobfloß 2 M, Ruffloß 2.10 M, Bohnenfloß 1.70 M. — Nach dem Bericht der städtischen Sparkasse betragen die Einlagen im Monat Juni 1434 888.84 M, die Rückzahlungen stellen sich auf 714 841.47 M.

4. Philippsburg, 15. Juli. Wegen Uebertretung der Müllexverordnung wurde der Mühlenbetrieb des Müllers Hubert Wolf, Nerdorfer Mühle, bis auf weiteres geschlossen.

4. Kleinheubach bei Durlach, 15. Juli. Beim Kirchenbrechen kürzten infolge Bruchs der Leiter der Stationsarbeiter Karl Brückel samt seiner Frau und seinem 14jährigen Sohn ab. Der Sohn ist an den Folgen des Sturzes gestorben, die Eheleute zogen sich erhebliche Verletzungen zu.

4. Zahr, 15. Juli. Die Kartoffeln werden in unserer Gegend sehr ergiebig sein. Eine Bäuerin hat an mehreren Stöden Frühkartoffeln 20 bis 25 Knollen festgestellt. Die Ernte von Balmüssen scheint in diesem Jahre so gut auszufallen wie nie zuvor. — Feldhüter Pfeifer hat in Ermet zwei russische Gefangene festgenommen, die aus dem Gefangenenlager in Raistatt entwichen waren. Sie hatten sich 10 Tage lang herumgetrieben und nur von gestohlenen Feldfrüchten ernährt. (g. R.)

4. Schwanau bei Erberg, 15. Juli. Ein hiesiger Hotelier wurde letzter Tage auf der Eisenbahnstation eines württemberg. Städtchens angehalten, als er 21 Pfund Wurst, 26 Pfund Fleisch, 1 Pfund Speck, Butter und Eier in einem Koffer verpackt mitnehmen wollte. Ferner wurde hier ein Meisleroffer, geöffnet an eine Frau in Gernsbach, kurz vor der Aufgabe zur Bahn beanstandet, aus dem Eier und Butter ans Tageslicht gefördert wurden. Weiter erzählt der „Schwarzwalder“, daß ein Landwirt von Freyburg jedes zweiten Tag 12 Liter Milch an einen Hotelier in Freudenstadt lieferte, der 5 Pf. über den Höchstpreis bezahlte.

4. Erberg, 15. Juli. Eine Reihe von Forstärzten haben von dem neuen Heerengehebe Gebrauch gemacht, so St. Märgen, Juchingen, Willingen, Erberg u. a., indem sie das Sammeln von Heidebeeren bis auf weiteres verboten haben. Zur Zeit der allgemeinen Heide, die von den Forstbeamten am besten festgesetzt werden kann, und die je nach der Witterung über kurz oder lang aufhören wird, werden diese Sammelverbote wieder aufgehoben werden.

4. Emmendingen, 15. Juli. Von hiesigen richte der jüngste Sohn Hermann Gist, dem Vaters vom Oberstaatsanwalt,

zum Heere ein. Der Vater, ein Veteran aus dem 70er Kriege, hat damit zehn Söhne unter den Waffen.

4. Auggen, 13. Juli. Beim Futterschneiden brachte der 13-jährige Friedrich Benz die linke Hand in die Futterschneidemaschine. Dem Knaben wurde die Hand abgedrückt.

4. Rheinweiler bei Mühlheim, 15. Juli. Der Bahnarbeiter August Bächlin wurde während des Dienstes von einem Zuge erfasst und so schwer verletzt, daß er starb.

4. Vörsch, 15. Juli. Den „Basler Nachrichten“ zufolge sind am letzten Mittwoch zwei französische Flugzeuge nach der badisch-schweizerischen Grenze durch deutsche Abwehrgeschütze so getroffen worden, daß je nahe dem Ort Frankau bei Tagsdorf im Sundgau landen mußten. Die Piloten versuchten ihre Apparate in Brand zu setzen, wurden aber daran verhindert; sie sind nach Altkirch verbracht worden. (Straßb. Post.)

4. Kirchen-Hausen, 15. Juli. Der 17jährige Alois Bauß hat mehrere russische Flüchtlinge festgenommen. Die Russen hatten vorher verlohrt, den beherzten jungen Mann durch Angebot einer größeren Geldsumme zu bestechen. (g. R.)

4. Konstanz, 15. Juli. Am Freitag traf hier ein schweizerischer Lazarettzug mit 190 schwerverwundeten Kriegern ein. Darunter zwei aus Deutsch-Ostafrika und einer aus Kongo. Sie wurden von Vertretern der Militär- und Zivilbehörden begrüßt.

4. Mannheim, 16. Juli. In Ludwigshafen ist die Polizei einem „Gamblerbau“ auf die Spur gekommen. In der Wohnung des Wirtshändlers Moriz Abraham wurden nämlich gefunden: 1400 Eier, 55 Pfund Butter, 1 1/2 Zentner Weizenmehl, ein halber Zentner Zucker und 35 Pfund Seife. Die Waren wurden beschlagnahmt.

Hauptversammlung des badischen Landeswohnungsvereins.

4. Offenburg, 16. Juli. Die am Samstag hier abgehaltene 7. Hauptversammlung des badischen Landeswohnungsvereins war aus allen Landesteilen sehr gut besucht. Als Vertreter der Regierung waren anwesend Geh. Rat Wienner vom Ministerium des Innern und Baurat Dr. Girsch vom Finanzministerium; auch der Vorsitzende des bayerischen Landeswohnungsvereins war erschienen. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden Erz. Dr. Lewald erhaltete der Geschäftsführer Landeswohnungsinspektor Dr. Kamppmeyer den Geschäfts- und Kassenbericht. Die Mitgliederzahl beträgt 436. Die Bautätigkeit stockte im Berichtsjahr vollkommen. Der Verein veranstaltete in einer Reihe von Orten Wanderausstellungen, welche die von den Kriegsbeschädigten im Lazarett Etklingen hergestellten Modelle von Kleinwohnungen zeigten und Vorträge über Wohnungs- und Krankenpflege. Die christlichen Gewerkschaften und eine Reihe von Krankenkassen haben sich dem Landesverein angeschlossen; auch die freien Gewerkschaften haben beschlossen, seine Bestrebungen zu unterstützen. In den Etappen der West- und Ostfront fanden Lichtbildervorträge über Wohnungsfürsorge und Kriegerheimstätten statt. Besonders dringend ist die Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien, worüber eine Erhebung im Gange ist. Der Kassenbericht weist in Einnahmen und Ausgaben 38 213 Mark auf. Nach einigen Wahlen wurde u. a. eine Satzungsänderung angenommen, welche die Bildung von Ortsgruppen zuläßt. Dann sprach Erz. Dr. Lewald über die Ziele und Aufgaben des Landeswohnungsvereins. Der Vortrag wird im Druck erscheinen. Geh. Rat Wienner versicherte, daß die Regierung die Ziele des Vereins tatkräftig fördern werde und Baurat Dr. Girsch schloß sich dieser Forderung namens des Finanzministeriums an. — Nach der Mittagspause hielt dann Dr. Kamppmeyer einen Vortrag über die Entwicklung des Kriegerheimstättenwesens in Baden. An beiden Vorträgen schloß sich eine rege Aussprache an, der sich u. a. beteiligten Prälat Dr. Werthmann, Bürgermeister Dr. Weitz-Eberbach und Stadtrat Engler aus Freiburg. Abends kurz vor 6 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

4. Die Tierseuchen im Mai. Die Tierseuchen zeigen nach den „Statistischen Mitteilungen“ am Schlusse des Mai gegenüber dem Vormonat Zunahmen bei Pferdekühe, Mäskenausschlag, Schweinepest, Pest und Rotlauf sowie bei Schafkrähe. Neu aufgetreten ist Hühnerpest, ferner Pferdepest und Milzbrand, welche letztere beiden bereits erloschen sind. Die Maul- und Klauenseuche ist zurückgegangen und herrscht zurzeit nur noch in drei Gemeinden der Amtsbezirke Freiburg und Vörsch. Die Pferdepest ist über 35 Amtsbezirke verbreitet und hat in 80 Gemeinden 114 Ställe ergriffen. Im Laufe des Monats erkrankten 38 Pferde, wovon 1 umstand und 4 freiwillig getötet wurden. Die Schweinekrankheiten zeigen der Zeit entsprechend ihren gewöhnlichen Stand; sie nehmen regelmäßig während der wärmeren Monate zu und in der kälteren Jahreszeit ab. Im Laufe des Berichtsmontats erkrankten 205 Schweine, wovon 48 umgestanden und 114 freiwillig getötet wurden.

Gerichtszeitung.

Millionärinnen und Hochstapler. Ein Hochstaplerprozeß, der seinerzeit viel von sich reden machte, hat, wie die „Straßburger Post“ berichtet, vor der Straßburger Strafkammer sein Ende erreicht. Anfangs 1914 machten vier Verbrecher, darunter als Hauptverbrecher die Brüder Wolke und Louis Chevallard aus Lyon, alle Großstädte unsicher. Sie näberten sich ihnen als reich bekannten Damen, wobei sie Millionärinnen bezeugten, suchten sich das Vertrauen ihres Opfers zu erwerben und hernach dieses Vertrauen oder noch lieber die Jureinigung der Dame auszunutzen. So hatten sie auch in Baden-Baden die Bekanntschaft einer sehr reichen Dame gemacht, mit der sich der eine der Brüder in ein Liebesverhältnis einließ und bald auch verlobte. Auf einem Ausflug nach der Hohenloheburg ließ sich dann das Paar im Walde durch den Bruder und seine Genossen überfallen, die in der Wüste eines Gendarmen und eines Wadaufsehers Geiselnahmen bis in die Hunderttausende von Mark verübten. Während damals drei der Gauner zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt wurden, kam Wolke Chevallard, der behauptete, unzurechnungsfähig zu sein, in die Irrenanstalt zu Görtz, die ihn auf seinen Geisteszustand hin untersuchen sollte. Dort wurde er jedoch nur als hysterisch, nicht als unzurechnungsfähig befunden. Die Strafkammer verurteilte ihn zu 4 1/2 Jahren Gefängnis und zu 4000 M Geldstrafe. Eines der Opfer, eine Schweizer Dame, hat sich inzwischen aus Gram das Leben genommen. Auch die Dame, die den Hochstaplerprozeß erlebte, ist inzwischen gestorben.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 16. Juli.

Angebot und Nachfrage.

In gewöhnlichen Zeiten richten sich die Preise der Bedarfsgegenstände nach Angebot und Nachfrage. Allerdings ist diese Preisregulierung nicht immer zutreffend. Da, wo es möglich war, wie bei Artikeln, die nur von wenigen Herstellern hergestellt werden, wurden in den letzten Jahrzehnten Kartelle und Syndikate gegründet, um die Preise künstlich in die Höhe zu treiben und die Konsumenten zu schröpfen. Eine solche Kartellierung ist für die Herstellung von Nahrungsmitteln unmöglich.

Nun sind die Preise für Nahrungsmittel in der ganzen Welt gestiegen. Die Gründe liegen in der langen Dauer des Weltkrieges. Wenn heute die Preise lediglich nach Angebot und Nachfrage reguliert würden, ohne daß Höchstpreise festgelegt wären, dann würde der ärmere Teil der Bevölkerung wohl manchmal nichts zu essen haben. Was man also auch über die Höchstpreise jagen mag, sie müssen unbedingt bestehen bleiben.

Natürlich ist es nicht leicht, die Höchstpreise mit den Erzeugerpreisen in Einklang zu bringen. Jeder will verdienen. Der Egoismus der Menschheit ist nirgends schärfer in die Erscheinung getreten als in der Kriegszeit. Den Konsumenten sind die Höchstpreise zu hoch, den Produzenten zu niedrig. Vielfach wird darauf spekuliert, daß die städtische Bevölkerung nichts von der Landwirtschaft versteht und deshalb leicht in irrtümliche Vorstellungen versetzt werden kann. Diese Unkenntnis trifft nur teilweise zu. In der Stadt wohnen viele Leute vom Lande, welche die Landwirtschaft kennen und welche auf die Klagen über die zu niedrige Höchstpreise nicht hineinfallen.

Man kann im Augenblick die tiefere Ursache, warum die Nahrungsmittel bei uns eine so außergewöhnliche Höhe erreicht haben, nicht erörtern, das wird und muß noch dem Kriege ausfindig gemacht werden. Wenn es aber möglich ist, das natürliche Gesetz über die Preisbildung durch Angebot und Nachfrage durch Organisationen in der Weise zu durchbrechen, daß es möglich war, die Preise zu erhöhen, so muß durch die staatliche Organisation auch erreicht werden, die Preise niedrig zu halten und den Profit herabzusetzen. Die Senkung der Profitrate kann auch durch Beschränkung des überflüssigen Zwischenhandels und dadurch erreicht werden, daß der Verkauf durch den organisierten Raritätenhändler, der kein Interesse an hohem Gewinn hat, sondern bei welchem der Aufschlag nur soweit erfolgt, als er zur Deckung der Kosten erforderlich ist; was darüber hinausgeht, muß den Käufern wieder zufließen.

Bei den hohen Preisen für die Nahrungsmittel ist es von höchster Bedeutung, daß wenigstens durch den Handel die Preise nicht noch ungebührlich gesteigert werden. Nach dem Kriege werden die Konsumvereine noch nötiger sein, als gegenwärtig, da das Einkommen nicht gleichen Schritt hält mit den immer höher gemordenen Preisen, die noch länger anhalten und den Stand vor dem Kriege wohl nie wieder erreichen werden. Dadurch entsteht für die Mehrheit des Volkes eine Notlage, von welcher der Dichter sagt:

Ein schlimmes Unglück als der Tod der liebsten Menschen ist die Not! Sie läßt nicht sterben und nicht leben, sie streift des Lebens Blüte ab, streift, was uns diebstahls gegeben, vom Herzen und Gemüte ab.

4. In Sachen der Heidelbeeren beschäftigt die badische Regierung, wie uns mitgeteilt wird, umfassende Maßnahmen. Bis jetzt war der Handel mit Heidelbeeren freigegeben, aus welchem Grunde ein Teil der bis jetzt geernteten Beeren tatsächlich nach außerhalb des Landes verhandelt wurden. Die badische Obsterkehr kann für die mangelhafte Zufuhr in Heidelbeeren nicht verantwortlich gemacht werden, da ihr bis jetzt die Versorgung mit Beeren nicht ausschließlich übertragen war. Es soll dies aber jetzt gemacht werden. Da überdies in den Hauptproduktionsorten des Schwarzwaldes die Beerenente noch nicht begonnen hat, ist zu hoffen, daß durch entsprechende Maßnahmen die Zufuhr nach den badischen Städten noch gebessert wird.

4. Rechtsanwalt Dr. Gustav Binz hat auf seine Zulassung als Rechtsanwalt beim Landgerichte in Karlsruhe und bei der Kammer für Handelsachen in Forstheim verzichtet. Aus Anlaß des Rücktrittes von der Anwaltschaft wurde Dr. Binz zum Geheimen Hofrat ernannt.

4. Kartoffelertrag. Nach einer Bekanntmachung des Nahrungsmittelamtes kommt in dieser Woche als Kartoffelertrag eine Sonderzulage von 220 Gramm Mehl oder 300 Gramm Brot zur Ausgabe, welche die Bäckereien gegen die Lebensmittelkarte C Nr. 64 abzugeben haben.

4. Auszeichnung. Pionier Adolf Windner, wohnhaft in Karlsruhe-Mühlburg, hat am 6. Juli das Eiserne Kreuz 2. Klasse erhalten.

4. Wohltätigkeitspenden. Die Landesversicherungsanstalt Baden hat anlässlich des 60. Geburtsfestes des Großherzogs 10 000 Mark gestiftet, wovon 5000 M der Großherzog-Geburtsstiftung und 5000 M dem Bad. Heimatbank (Ausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge) zustehen. — Für die Großherzog-Geburtsstiftung sind weiter eingegangen: Leipheimer u. Rende hier 500 M, W. Riempy hier 1000 M, Oberheim. Versicherungsbank Mannheim 6000 M und deren Generaldirektor Oskar Sternberg, Mannheim 2000 M.

4. Die Behandlung aufgefundenen oder zugeflogener Tauben der Arme-Oberbefehlshaber hat angeordnet, aufgefunden oder zugeflogene Tauben sind unverzüglich der nächsten Orts- oder Etappenkommandantur, im badischen Befehlsbereich der nächsten Gendarmerie-Station oder an die Postungen (Hein und Neu-Dreifach) abzuliefern. Die gleiche Verordnung wurde auch für den linksrheinischen Befehlsbereich der Postung Dreifach und der Oberheimfestung erlassen.

Nr. 16
Selbst
lich hat
und Souf
sch sich
sport get
Berhaj
Dieser ver
und Eier.
die Preise
W.F.
fian des G
den Höchst
sicherung
unterschied
worb
4. H
des Kamer
gegen das
berworfe
et und war
dem Ehrent
käftig
Re
W.F.
sind morgen
sich von Cou
bestände in
im Osten
W
Abliefer
Das M
T, U o
am 18. t
Die An
sie ist we
und 1/2-
Karlsru
D
Frü
Die hiesige
gabe der Zufuh
Frühkartoff
hellen abgege
Emil
Geh
Wann
Gebrü
Derman
Derman
Mühl
wie sämtlic
Die Frühk
kauf werden.
Der Verkauf
Die Kopfm
wache festgef
nicht.
Infolge der
Festhalten kann
nicht überne
Ten Landw
siner Körbe, Sä
ben stundweise
Verkaufs-Vorschr
am, Kaiserallee
Karlsruhe, d
S
An
Wir machen
in Lebensmittel
hart aufmerksa
me Sonderzulag
zur Ausgabe, welch
Nr. 64 abzugeb
Die abgenom
zu bilden und
weitere Kartenstell
Karlsruhe
Nahrung

Selbstmord. Ein 22 Jahre alter Maschinenarbeiter aus Lütich hat sich gestern nachmittag auf der Bahnstrecke zwischen Gardi- und Gonselstraße vor einem nach Maxau fahrenden Zug gelegt und ließ sich überfahren. Er wurde eine kurze Strecke geschleift und sofort getötet. Der Beweggrund ist unbekannt.

Verhätet wurde ein Tagelöhner aus Lahr wegen Betrugs. Dieser versprach hiesigen Einwohnern die Lieferung von Butter und Eier, ließ sich den Kaufpreis im Voraus bezahlen, führte aber die Lieferung nicht aus.

Neues vom Tage.

Wucherprozess.

W. Leipzig, 14. Juli. Das Reichsgericht hat die Revision des Grafen v. Mielczyński, der am 30. März in Rosen wegen Höchstpreisüberschreitung und Kriegswuchers bei Getreidelieferungen zu 6 Monaten Gefängnis und 428 420 M verurteilt worden war, verworfen.

Verstärktes Todesurteil.

W. Wetzlar, 15. Juli. Das Reichsgericht hat die Revision des Kameralamtsdieners Hermann Rittmann in Neuenburg gegen das Urteil des Schwurgerichts zu Lützing vom 23. Mai verworfen. Rittmann hatte seine Frau mit Phosphor vergiftet und war deshalb wegen Mordes zum Tode und zu dauerndem Ehrverlust verurteilt worden. Das Urteil ist also rechtskräftig.

Letzte Nachrichten.

Deutscher Abendbericht.

W. Berlin, 15. Juli, abends. (Amtlich.) Im Westen sind morgens feindliche Angriffe bei Lombarzhöhe und südlich von Courtecon gescheitert, in der Champagne keine Grabsünde in der Hand der Franzosen geblieben. Im Osten bei Regenwetter nichts Wesentliches.

Weitere 24 000 Tonnen.

W. Berlin, 15. Juli. (Amtlich.) Im nördlichen Sperrgebiet haben unsere U-Boote neuerdings 24 000 BRT versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befinden sich der englische Dampfer „Don Arturo“ (3680 Raum-Tonnen), Ladung wahrscheinlich Erz, das englische Dampfschiff „Neotsfield“ mit Kohlenladung, ein unbekannter stark gesicherter Dampfer von etwa 6000 Raumtonnen mit vier Masten, vielen Ladebäumen und Ladepfeifen, ein unbekannter Dampfer von etwa 1200 Tonnen, im Geleitzug fahrend, wurde in der Nordsee durch Torpedoschuß getroffen, sein Sinken aber nicht beobachtet. Am 14. Juli vormittags griffen Seeflugzeuge des Marinekorps in den Hotten durch Zerstörer gesicherte Geleitzüge von Handelsfahrzeugen an. Zwei Bombentorpedotreffer auf je einem Zerstörer und ein Volltreffer auf einem Leichter wurden einwandfrei beobachtet.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Sitzung des Meistensenats.

W. Berlin, 15. Juli. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ erfährt, hat der Reichstagspräsident den Meistensenat für heute Montag zu einer Sitzung zusammenberufen.

Verbot der Wohnungs kündigung.

W. Berlin, 15. Juli. Verschiedenen Morgenblättern wird aus Danzig gemeldet, daß die dortige Kommandantur sämtliche von Danziger Hausbesitzern am 1. Juli ausgesprochenen Kündigungen für nichtig erklärt hat. Eine Wohnungskündigung ist fortan nur mit Genehmigung der Kommandantur gestattet.

Der Nahrungsmittelmangel in Frankreich.

W. Bern, 15. Juli. „Nouvelles de Lyon“ meldet aus Paris, daß die voraussichtlich durch die Brotkarte auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Menge 500 Gramm für Landarbeiter 700-800 Gramm betragen werde. Sollte die Brotmenge weiter herabgesetzt werden müssen, so werde die Verordnung über fleischlose Tage für ungültig erklärt werden.

Zur Lage in Griechenland.

W. Bern, 16. Juli. Ein Athener Sonderbericht des „Petit Parisien“ vom 14. Juli besagt: Das königliche Dekret, welches die Auflösung der gegenwärtigen und die Wiedereinsetzung der am 31. Mai 1915 gewählten Kammer anbefahl, erließen gestern nicht im Amtsblatt, da der König einen recht fertigen Bericht über das heilloselose, in seinem parlamentarischen Land je vorgekommene Vorgehen einverlangt hatte. Daraufhin wurde ihm der bereits mitgeteilte Bericht überreicht. Das Dokument hat in den monarchisch gesinnten, militärischen, politischen und diplomatischen Kreisen ungeheures Aufsehen erregt. Die Monarchisten erklären, der König könne niemals das vorgelegte Dekret unterzeichnen und damit die Tätigkeit König Konstantins verdammen, sowie glattweg die Revolution und die Einschränkung der Vorrechte der Krone gutheißen.

Die Selbständigkeit Finnlands.

W. Stockholm, 15. Juli. Nach der finnischen Zeitung „Tuntius“ hat der finnische Landtag mit großer Mehrheit beschlossen, Finnland selbständig zu machen. Der Landtag erklärt, daß die vorläufige Regierung nicht die Befugnis hat, über Finnland zu bestimmen und daß der Senat und der Landtag die Regierungsmacht im Lande ausüben. Der sozialistische Abgeordnete Medakur Maekeli hielt eine große Rede, in der er die finnische Jugend ermahnt, sich zu bewaffnen, um etwaigen Gewaltmaßnahmen zu begegnen.

Amerikanische Rüstungen.

W. Washington, 15. Juli. Das Repräsentantenhaus hat einstimmig eine Vorlage angenommen, die einen Kredit von 640 Millionen Dollars für den Bau von 22 000 Flugzeugen vorsieht.

Wasserstand des Rheins.

16. Juli.
Schutterinsel 2.45 m, gef. 10 cm, St. 8.88 m, gef. 11 cm
Maxau 5.19 m, gef. 13 cm, Mannheim 4.50 m, gef. 19 cm.
Verantwortlich für Politik, Kriegsnachrichten und Letzte Post: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Rabel; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24

Bekanntmachung.

Ablieferung von Aluminium.

Das Aluminium ist aus den mit Buchstaben **T, U oder V** beginnenden Straßen **am 18. und 19. Juli** abzuliefern.

Die Annahmestelle befindet sich **Karlstraße 30**; sie ist werktäglich geöffnet von **8—1/2 Uhr** und **1/3—6 Uhr**.

Karlsruhe, den 14. Juli 1917.

Das Bürgermeisteramt.

Frühkartoffel-Versorgung.

Die hiesige Bevölkerung wird mit Frühkartoffeln nach Maßgabe der Zufuhren durch den Kommunabverband versorgt. Frühkartoffeln werden in den bisherigen Kartoffel-Verkaufsstellen abgegeben. Solche sind die Geschäfte von:

- Emil Bucherer,
- Geschwister Knopf,
- Hannich u. Co.,
- Gebrüder Scharff,
- Hermann Tiesch,
- Hermann Tiesch in Daxlanden, Raistenwörthstraße 26,
- Wilhelm Kocher in Rippurr, Ostendorfer-Platz 4.

Alle sämtliche Verkaufsstellen des Lebensbedürfnisvereins.

Die Frühkartoffeln dürfen nur gegen „Kartoffelmarken“ verkauft werden.

Der Verkaufspreis beträgt 12 Pf. für das Pfund.

Die Kopfmenge ist vorläufig auf höchstens 2 Pfund für die Woche festgesetzt; bei steigenden Zufuhren wird die Kopfmenge erhöht.

Infolge der Unsicherheit und Unregelmäßigkeit der täglichen Zufuhren kann eine Gewähr für die Lieferung dieser Kopfmenge nicht übernommen werden.

Den Landwirten ist das Verbringen kleinerer Mengen (einzelner Körbe, Säcke oder Tagelasten) auf die hiesigen Märkte und deren stundweiser Verkauf unter genauer Einhaltung vorstehender Verkaufs-Vorschriften gestattet; ganze Fuhrn sind an das Kartoffelamt, Kaiserallee Nr. 11, abzuliefern.

Karlsruhe, den 13. Juli 1917.

Städt. Kartoffelamt.

Kaiser-Allee Nr. 11.

An die Bäckereien.

Sie machen auf unsere gleichzeitige Bekanntmachung über die Lebensmittelverteilung in der Woche vom 16. Juli bis 22. Juli 1917 aufmerksam. Danach kommt in dieser Woche als Kartoffelersatz eine Sonderzulage von 220 Gramm Mehl oder 300 Gramm Brot zur Ausgabe, welche die Bäckereien gegen die Lebensmittelkarte C Nr. 64 abzugeben haben.

Die abgenommenen Marken C Nr. 64 sind für sich zu je 100 in Bündeln und bis spätestens Mittwoch, den 25. Juli 1917, in unserer Kartenstelle, Festhalle, abzugeben.

Karlsruhe, den 14. Juli 1917.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Milchhändlerversammlung.

Hiermit laden wir sämtliche Milchhändler von Karlsruhe auf **Mittwoch den 18. d. Mts., abends 7 Uhr**, in den Saal zum „**Goldenen Adler**“ ein.

Erste Karlsruher Milch-Einkauf- und Abgab-Genossenschaft (E. G. m. b. H.).

Fett-Verteilung.

Dienstag, den 17. Juli, Mittwoch, den 18. Juli und Donnerstag, den 19. Juli 1917, wird in den

Fettverkaufsstellen Nr. 1 bis 150 einschließlich

an die daselbst eingetragenen Kunden Fett (Butter, Kunstspeisefett und Margarine) abgegeben. Kopfmenge 100 Gramm gegen die Fettmarken C und D Nr. 64.

Militär, Kranfensukas- und Besuchsarten werden in den bestimmten Stellen eingelöst, nämlich: in unsern beiden Verkaufsstellen

- Kriegsstr. Nr. 80, Fett-Verkaufsstelle Nr. 1,
- Douglasstr. Nr. 24, Fett-Verkaufsstelle Nr. 2

und

in der Filiale der Firma Fannkuch u. Co., Rheinstr. Nr. 25, Fett-Verkaufsstelle Nr. 3, sowie

bei der Firma Karl Diefel, zur Butterblume, Amalienstr. Nr. 29, Fett-Verkaufsstelle Nr. 4.

Wir verweisen im übrigen auf unsere Bekanntmachung vom 5. Mai 1917. Darnach hat insbesondere jeder sich genau durch Einsichtnahme des Anhangs zu verlässigen, welche Nummer das Geschäft hat, bei welchem er als Kunde für den Fettbezug eingeschrieben ist.

Preis für Abrechnung Samstag, den 21. Juli 1917.

Karlsruhe, den 14. Juli 1917.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Beschwerden über die Verweigerung des Ablehrscheins beim Auslösen aus einer hilfsdienstpflichtigen Beschäftigung gemäß § 9 Abs. 2 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst sind während der Zeit vom 15. bis 31. Juli ds. J. beim Bürgermeisteramt Durlach schriftlich oder mündlich anzubringen.

Durlach, den 14. Juli 1917.

Der stellvertretende Vorsitzende des Schlichtungsausschusses Karlsruhe:

Dr. Bierau
Bürgermeister.

Wir suchen für die Bemerkungen der Stadt Karlsruhe zum sofortigen Eintritt mehrere

Feldhüter.

Geeignete Leute wollen sich unter Vorlage von Zeugnissen sofort bei uns melden.

Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Arbeitsamt Jähringerstraße 100. Telephon 629.

Keine Wanze mehr für 1.50

Kur mit „Nicobal“ I. u. II. zu erzielen. Gef. gesch. Erfolg verb. blühend. Mehrjäh. Garantie. Orig.-Doppelpad. M. 1.50 ausreichend für 1-3 Zimmer u. Betten. Alleinverkauf **Fidelitas-Drogerie Otto Fischer**, Karlstraße 74. Bei Einb. v. M. 1.90 portofreie Zusendung, u. auswärts d. Gen.-Vertr. **Hermann H. Groedel**, Berlin SW 11, Königgräberstr. 49. 287

Sozialdem. Verein Karlsruhe.

Mittwoch, den 18. ds. Mts., abends 8 Uhr, in der Restauration „Auerhahn“, Schützenstraße

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

1. Politische Rundschau. Ref. Gen. Stadtrat Kolb.
2. Wahl der Delegierten zur Wahlfreikonzernz.

Wir laden unsere Genossen und Genossinnen zu dieser Versammlung ein.

Der Vorstand.



Odeon-Musikhaus

Karlsruhe
Kaiserstr. 175. Tel. 339.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Erwin Hans Paul, B. Otto Ruffmann, Kaufmann, Kurt Hermann Friedrich, B. Herm. Dufz, Wäldermeister, Anna Anise, B. Michael Ewald, Kaufmann, Mathilde Luise, B. Jakob Bahlander, Landwirt, Julius Robert Paul Friedrich, B. Julius Wögn, Kaufmann, Karl Antonius Reinhold Friedrich, B. Karl Krämer, Feldwebel, Heinrich Karl, B. Heinrich Schollenberger, Maschinenleger, Maria Elisabeth, B. Albert Raffeter, Verlach, Beamter, Ilse Adelheid Ingeborg Elisabeth, B. Jul. Kühnlein, Stadtpfarrer, Elisabeth Antonie, B. Anton Schindler, Schreiner, Johanna, B. Emil Viehler, Holzhändler.

Todesfälle. Elisabeth, 4 J. alt, B. Karl Daniel Güber, Metzger, Karl, 13 J. alt, B. Karl Kittlans, Gerber, Ernst, 1 J. 5 Mon. 27 Tage alt, B. Ernst Baumann, Drucker, Marie Haas, 25 J. alt, Ehefrau von Edmund Haas, Kasernenwärter.

Diese Woche sicher Ziehung

von

- Württemberg. Kreuz - Geldlose
- Bayrische Sanitätsgeldlose
- Badische Kriegergeldlose

was empfiehlt, solange Vorrat

Carl Götz

Debelstr. 11/15, beim Rathaus Karlsruhe. 372

Gußpüger, Hilfsarbeiter, Kernmacher

sofort gesucht.

Maschinenbaugesellschaft

Karlsruhe, 374
Karlsruhe i. B.

Lebensmittel-Verteilung

in der
Woche vom 16. Juli bis 22. Juli 1917.

- I. 1) **Kochfertige Suppen** (Grünkern) Kopfmenge $\frac{1}{5}$ Pfd., Preis 20 Pfg. für $\frac{1}{5}$ Pfd. gegen die Lebensmittelmarke A Nr. 64.
- 2) **Maggi-Suppen** Kopfmenge 1 Würfel, Preis 10 Pfg. für 1 Würfel gegen die Lebensmittelmarke A Nr. 64.
- 3) **Teigwaren** (Wasserware) Kopfmenge $\frac{1}{5}$ Pfund, Preis 11 Pfg. für $\frac{1}{5}$ Pfund gegen die Lebensmittelmarke B Nr. 64.
- 4) **Speisesyrup** Kopfmenge $\frac{1}{4}$ Pfd., Preis 10 Pfg. für $\frac{1}{4}$ Pfd., markenfrei.
- 5) **Marmelade** Kopfmenge $\frac{1}{2}$ Pfd., Preis 30 Pfg. für $\frac{1}{2}$ Pfd., ebenfalls markenfrei.
- 6) **Zucker** Kopfmenge $\frac{3}{4}$ Pfund gegen die Zuckermarke Nr. 64.
- 7) **Eier** Kopfmenge 1 Ei, auf Sammelmarken 3 Eier für 5 Personen, gegen die Eiermarke A Nr. 64.
- 8) **Fett** laut besonderer Bekanntmachung.
- 9) **Sonderzulage** **Kartoffelersatz:** Mehl oder Brot und zwar: Kopfmenge 220 Gramm Mehl oder 300 Gramm Brot. Die Abgabe erfolgt in den Bäckereien gegen die Lebensmittelmarke C.
- 10) **Kindernährmittel** Kopfmenge $\frac{1}{2}$ Pfund auf Bestellung laut unserer Bekanntmachung vom 20. April 1917. (Preis Mk. 1.— für $\frac{1}{2}$ Pfund.)
- 11) **Fleisch** Kopfmenge $\frac{1}{2}$ Pfund gegen Reichsfleischmarken.
- Fleisch-Sonderzulage** Kopfmenge $\frac{1}{2}$ Pfund gegen Sonderfleischmarke Nr. 2, die hiermit aufgerufen wird.

II. Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag den 17. Juli, die der Eier ab Donnerstag den 19. Juli 1917. Den Geschäften bleibt vorbehalten, die Abgabe der einzelnen Artikel auf die verschiedenen Tage zu verteilen.

III. Einlösungsstellen für Militär, Krankenzusatz- und Besuchskarten für die unter Ziffer 1 bis 9 aufgeführten Lebensmittel: die städtischen Verkaufsstellen Kriegstrasse 80 und Douglasstrasse 24, sowie die Filiale der Firma Pfannkuch & Co., Rheinstrasse 25, für Fett ferner noch bei Karl Dietsche, zur Butterblume, Amalienstr. 29.

IV. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass jedes Geschäft genügend Ware zugewiesen erhält, um alle eingeschriebenen Kunden zu befriedigen. Ein Andrang in den ersten Verteilungstagen ist deshalb vollständig unnötig.

V. Frist für Abrechnung und Ablieferung der Marken: Dienstag den 24. Juli 1917.

Restbestände bleiben zu unserer Verfügung.

VI. Für die Woche vom 23. bis 29. Juli sind zur Verteilung vorgesehen: $\frac{1}{5}$ Pfund Haferflocken, $\frac{1}{5}$ Pfund kochfertige Suppen (Gerstensuppe), Marmelade (Äpfel und Pflaumen) oder Kunsthonig, $\frac{1}{5}$ Pfund Teigwaren, Kindernährmittel, Eier, Fett und Fleisch.

Karlsruhe, den 13. Juli 1917.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Zwangsversteigerungen von Grundstücken.

Grundstücke	Schätzung	Versteigerungstag
1. Lgb.-Nr. 3997 d. 3 a 19 qm Kriegstrasse 252. Wohnhaus	41 000	Dienstag, den 31. Juli 1917.
2. Lgb.-Nr. 13 429 b. 4 a 51 qm, Rintheimerstr. 53a Magazin und Stall	5 800	Dienstag, den 21. Aug. 1917.
3. Lgb.-Nr. 4672a. 7 a 15 qm Bachstraße 63. Wohnhaus mit Bäderei	78 315	Donnerstag, 23. August 1917.
4. Lgb.-Nr. 5928. 4 a 74 qm, Klauprechtstraße 35. Wohnhaus	56 000	Dienstag, den 4. Sept. 1917.
5. Lgb.-Nr. 501. 5 a 01 qm, Stefanienstr. 32. Wohnhaus mit Nebengebäuden	94 000	Donnerstag, 6. Sept. 1917.
6. Lgb.-Nr. 1448. 2 a 67 qm, Adlerstraße 33. Wohnhaus mit Anbauten. Bis Kriegsausbruch jüdischer rituelser Gasthof	90 000 10 421	Dienstag, 11. Sept. 1917.

Die Versteigerung findet jeweils vormittags 9 Uhr im Notariatsgebäude, Akademiestraße 8, Stod., Zimmer 13, statt. Mündliche Anstufung gebührenfrei daselbst, Zimmer 10.

Karlsruhe, den 18. Juli 1917.

Großh. Notariat VI als Vollstreckungsgericht.

Mädchen

finden Beschäftigung bei
A. Braun & Co., Karlsruhe
Waldstraße 28.

Städt. Konzerthaus

Montag, den 16. Juli
„Wiener Blut“
Anfang 8 Uhr.
Dienstag, 17. Juli,
„Unter der blühenden
Linde“
Anfang 8 Uhr.

Guttermeister

sofort gesucht wegen Einberufung des jetzigen.

Eugen von Steffelin

Amtliche Güterbestätterei.

Wer zerrissenes Schuhwerk, Geschirre, Leder, Zeltstoffe, Fahrradmädel, Filz usw. selbst ausbessern will, verwendet vorzüglich die

Nähähle Stopperin D.R.G.M.

Solide beste Konstruktion. Näht Steppstich wie Maschine. Leicht zu handhaben. Garantie für Brauchbarkeit. Viele Anerkennungen. Preis Mk. 2.50 mit Nadelstich und Leinwand, verpackt und postfrei. In Lederhandlungen käuflich oder direkt durch

Joh. Zucker
Stuttgart-Botnang.

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstr. 34, 1 Treppe.

Blusen

aus Seide, Füll
Satin und Wäschstoffen
schwarz, weiß u. farbig.

Sommerkleider

— keine Ladenspeisen. —

Verkaufe wegen Platzmangel
jetzt zehn deutsche Kleider-
schecken (Streuzeug), fünf Monate
alt und eine Sätin mit acht
Zungen.

Lamprecht,
Söllingen bei Durlach,
Fronleichnamstr. 6.

Städt. Vierordtbad

Kohlensäurebäder und elegante
Wannenbäder.

I., II. und III. Klasse.
Für Herren und Damen
geöffnet Werktags vorm.
7-1 Uhr, nachm. 3-8 1/2
Uhr, Samstags abends
bis 9 1/2 Uhr und Sonntags
nur vorm. 7-12 Uhr.
Mittags 1 bis 3 Uhr ge-
schlossen.

Gesetz

betreffend den
Vaterländ. Hilfsdienst
mit einem Anhang:
Ausführungsbestimmungen
und Rechtsbelehrungen.
Preis 50 Pfg. (nach auswärts
5 Pfg. Porto).

Zu beziehen durch
Buchhandlung Volksfreund
Luisenstr. 24, Tel. 128.

Gesucht.

Arbeiterinnen

werden fortwährend angenom-
men in der

Lumpen- & Sortieranstalt
S. Rachmann
Durlach, Pfingststraße 28.

Gesucht

für sofort und später

Köchinnen,
Mädchen, für einf. bürgerliche
Küche.

Städt. Arbeitsamt
Jähringerstr. 100.

Parteiliteratur

empfeht

Buchhdlg. Volksfreund
42 Luisenstraße 24.

Haupt- u. Residenzstadt Karlsruhe

Höchst- u. Richtpreise.

In der Zeit vom 16. Juli bis einschließlich
18. Juli sind auf den Märkten und in den Verkaufsstellen
dieser Stadt folgende Richtpreise einzuhalten:

Gemüse:

Blumenkohl	1 Stück	20-60 Pfg.
Kohlrabi	1 Pfund	22-25
Weißtraut	1	15-18
Wirsing	1	15-18
Spinat	1	20-25
Aufschbohnen, grüne und gelbe	1	28-35
Stangenbohnen, grüne und gelbe	1	28-30
Erbsen, grüne	1	30-32
Karotten	1 Bund	8-20
„ Doppel	1	40-50
„ ohne Kraut	1	25
Schnittkohl	1 Pfund	15
Blutetübenblätter	1	8
Rüben, gelbe	1	18
„ rote	1	15
„ weiße	1	10
Kohlrabi	1	18-20
Boden-Kohlrabi	1	10
Kopfsalat, inländischer	1 Stück	5-15
Endivien-Salat	1	10-15
Sellerie	1	5-20
Rangold	1 Pfund	15-20
Meerrettich	1 Stück	30-70
Nettich	1	2-10
Radisches	1 Bund	3-10
Gurken	1 Stück	10-40
„ zum Einmachen	1	2-5
Tomaten	1 Pfd.	80-120
Wasserkresset	1	15-20
Zwiebeln, inländisch	1 Pfund	25
„ mit Rohk	1	20
Neue Kartoffeln	1	12

Pilze:

Stiefelringe	1 Pfund	40-50 Pfg.
Steinpilze	1	50-60

Obst:

Birnen	1 Pfund	45 Pfg.
Birnen	1	80-100
Birnen	1	30-50
Apfel	1	30-50
Aprikosen	1	80-100
Himbeeren	1	50
Himbeeren	1	65
Johannisbeeren	1	40
Stachelbeeren	1	40

Karlsruhe, den 18. Juli 1917.

Preisprüfstelle für Marktwaren.

Allg. Ortskrankenkasse Bruchsal.

Wir suchen mit möglichst baldigem Eintritt zur Unter-
stützung des Verwalters und als Stellvertreter desselben
einen

II. Beamten (Rechnungskontrollanten)

Nur solche Bewerber (auch Kriegsinvaliden) wollen sich
melden, die eine längere Tätigkeit in einer Krankenkasse
nachweisen können, mit dem Kassens- und Rechnungswesen
sowie der sozialen Gesetzgebung und den Bestimmungen
der Kriegsvorschüsse vollkommen vertraut, militärisch
und auch in der Lage sind Skaution zu stellen, Gehalts
nach der Dienstordnung.

Bewerberungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften
belegt sind bis 25. d. M. anher einzureichen.

Der Vorstand:
F. Solod. Schäfer.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt nach Ettlingen:

1 Hausmeister

1 in der Herstellung von Dörrgemüse erfahrener Fachmann.

Geeignete Bewerber wollen sich unter Vorlage von
Zeugnissen sofort bei uns melden.

Städt. Arbeitsamt
Jähringerstr. 100

Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Jähringerstr. 100 Fernsprecher 622.